


BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
2. Mai 2024

Berichtszeitraum: 01.04.2024 bis 30.04.2024

Inhalt:

- EU-Gipfel vom 17./18. April zu Israel, Iran und Nahost
 - Grünes Licht für das europäische Asyl- und Migrationspaket
 - Ukraine: Mehr EU-Hilfen und finanzielle Unterstützung
 - Strategische Rohstoffpartnerschaft mit Usbekistan
 - Frischer Wind für die Partnerschaft zwischen der EU und dem Senegal
 - Friedensfazilität: Unterstützung für die Republik Moldau, Ghana und Somalia
 - EU bleibt größter Geber von Handelshilfe
 - EU-Makrofinanzhilfe: Genehmigung für Ägypten und Ankündigung für Jordanien
 - Kurzmeldungen
- 

EU-Gipfel vom 17./18. April zu Israel, Iran und Nahost

Der Angriff des Iran auf Israel mit 300 Drohnen und Marschflugkörpern am 13. April war ein zentrales Thema auf dem [Sondergipfel des Europäischen Rats am 17. und 18. April in Brüssel](#). Als Reaktion verurteilten die europäischen Staats- und Regierungschefs den Angriff Irans auf Israel entschieden und unmissverständlich und bekräftigten die uneingeschränkte Solidarität mit der Bevölkerung Israels sowie ihr Eintreten für die Sicherheit des Landes und die regionale Stabilität.

Zudem forderten sie alle Parteien auf, äußerste Zurückhaltung zu üben und von jeglichen, zu weiteren regionalen Spannungen führenden Maßnahmen abzusehen. Weitere Sanktionen gegen den Iran, insbesondere in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) und Flugkörper, wurden in Aussicht gestellt. Um zu einer Deeskalation der Spannungen in der Region zu kommen, setzt die EU auf die Stabilisierung des Libanon sowie den Schutz seiner Bevölkerung und der vor allem aus Syrien stammenden Flüchtlinge. Dr. THOMAS LEEB

Grünes Licht für das europäische Asyl- und Migrationspaket

Am 11. April hat das Europäische Parlament [zehn Gesetzestexte](#) zur Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik angenommen, auf die sich das Europäische Parlament und der Rat im vergangenen Dezember geeinigt hatten. Die Reform wird oftmals als „historische Einigung“ bezeichnet.

Der neue Pakt sieht einen wirksameren Grenzschutz an den EU-Außengrenzen mit einheitlichen Standards für Registrierungen und Zuständigkeiten, ein schnelleres Bearbeiten von Asylanträgen sowie einen Solidaritätsmechanismus vor. Um EU-Ländern, die unter Migrationsdruck stehen, zu entlasten, werden andere Mitgliedstaaten Asylsuchende aufnehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung anbieten.

Der Rat muss das Paket noch formal annehmen. Danach soll die Umsetzung über einen Zeitraum von zwei Jahren erfolgen. Dabei wird es auch um den Bau von Zentren an den EU-Außengrenzen gehen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern aufzubauen, u.a. um Migrationsursachen anzugehen. MICHELLE WIESNER

Ukraine: Mehr EU-Hilfen und finanzielle Unterstützung

Um die Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung zu erhöhen, hat der Europäische Rat sich in seinen [Schlussfolgerungen zur vergangenen Sitzung am 17./18. April](#) für die Verstärkung der „Bereitstellung von humanitärer Hilfe und Katastrophenhilfe, darunter Ausrüstung wie Stromgeneratoren und Leistungstransformatoren“ ausgesprochen. Außerdem wurde auf die Dringlichkeit der Bereitstellung von mehr Luftabwehrsystemen, Artilleriemunition und Flugkörpern hingewiesen.

Aber nicht nur in ihren Worten hat sich die EU zur Unterstützung der Ukraine bekannt: Parallel wurden von der Europäischen Kommission [1,5 Mrd. EUR zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität](#) des Landes ausgeschüttet. Mit dieser Zahlung – Teil der neuen Ukraine-Fazilität von 50 Mrd. EUR – beläuft sich nun die gesamte EU-Hilfe für die Ukraine und ihre Bevölkerung seit Februar 2022 auf 98,5 Mrd. EUR. Gemeinsam mit den rund 61 Mrd. USD Ukraine-Hilfe, die vergangene Woche im Repräsentantenhaus der USA verabschiedet wurden, könnte dies zunächst die [Abwehr eines großen russischen Vormarsches im Osten des Landes](#) bedeuten. Wie sich die Lage jedoch im Sommer entwickeln wird und ob es der Ukraine gelingt, wieder mehr Druck auf die russischen Streitkräfte auszuüben, gilt es abzuwarten. HANNAH FONTAINE

Strategische Rohstoffpartnerschaft mit Usbekistan

Am 5. April unterzeichneten der Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, und der usbekische Minister für Investitionen, Industrie und Handel, Laziz Kudratov, eine Absichtserklärung über eine [strategische Partnerschaft für kritische Rohstoffe](#). Dies ist das jüngste Abkommen dieser Art, welches einen essenziellen Beitrag zur Diversifizierung der EU-Lieferketten sowie zum grünen und digitalen Wandel leistet. Usbekistan eignet sich ideal für eine solche Kooperation: Das Land ist reich an Kupfer, Molybdän und Gold und verfügt über die zweitgrößten Reserven an kritischen Rohstoffen in Zentralasien. Ein weiterer Schritt in Richtung Versorgungssicherheit wurde mit der Ankündigung des [Forums für eine engere Zusammenarbeit im Bereich kritischer Rohstoffe](#) unternommen. An dieser multilateralen Initiative sind unter anderem die EU, die USA, Usbekistan und die Ukraine beteiligt. LAURA LAHNER

Frischer Wind für die Partnerschaft zwischen der EU und dem Senegal

Von „verschiedenen Säulen, in denen unserer Meinung nach noch mehr getan werden muss“, spricht [EU-Ratspräsident Charles Michel nach seinem Treffen mit dem neuen Präsidenten des Senegals Bassirou Diomaye Faye](#) und meint damit „Unterstützung der produktiven Wirtschaft, Infrastruktur, Berufsausbildung und technischen Ausbildung“. Faye, der erst kürzlich gewählte und jüngste Präsident des Landes, tritt außerdem für eine „neu überdachte“ Partnerschaft ein.

Die EU ist mit TeamEurope – bestehend aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien – Senegals wichtigster Handelspartner und für 32 % seiner Importe, aber gleichzeitig nur für 12 % seiner Exporte verantwortlich (2021). Integraler Bestandteil von Senegals Wirtschaft ist unter anderem die Fischerei, bei der es auch seit 2014 ein Abkommen mit der EU zur nachhaltigen Fischerei gibt. Nichtsdestotrotz hat das Land mit Überfischung zu kämpfen, was die wirtschaftliche Stabilität des Landes gefährdet. Hier wollen Faye und Michel anknüpfen und neu verhandeln. Auch appelliert Faye an europäische Investoren, die gerade im Bereich der Infrastruktur zu einem Aufschwung des Landes beitragen können. HANNAH FONTAINE

Friedensfazilität: Unterstützung für die Republik Moldau, Ghana und Somalia

Der Rat hat am 4. April [zwei Unterstützungsmaßnahmen](#) im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der Streitkräfte der Republik Moldau und der ghanaischen Streitkräfte bewilligt, um die nationale Sicherheit und Resilienz im Verteidigungssektor zu stärken. Für Moldau werden 41 Mio. EUR über einen Zeitraum von 40 Monaten bereitgestellt und auf diese Weise nichtletale Ausrüstung u.a. in den Bereichen Mobilität, Luftüberwachung und Logistikausrüstung finanziert. Für Ghana stellt die EU 25 Mio. EUR über einen Zeitraum von 36 Monaten zur Verfügung. Damit wird nichtletale Ausrüstung u.a. in den Bereichen Medizin und Verteidigungsaufklärung bereitgestellt. Am 16. April hat der Rat zudem [weitere Unterstützung](#) für die Somalische Nationalarmee (70 Mio. EUR) und die militärische Komponente der Übergangsmision der Afrikanischen Union in Somalia (40 Mio. EUR) zugesagt.

Hintergrund: Die [Europäische Friedensfazilität](#) wurde im März 2021 eingerichtet, um alle Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den Bereichen Militär und Verteidigung zu finanzieren und so zum Frieden und zur internationalen Sicherheit beizutragen. MICHELLE WIESNER

EU bleibt größter Geber von Handelshilfe

„Handel kann ein wichtiges Instrument für Entwicklung sein“. So lautete die Botschaft der Generaldirektorin für Internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, anlässlich der Veröffentlichung des [Aid for Trade Progress Reports](#). Aus dem kürzlich veröffentlichten Bericht geht hervor, dass die EU nach wie vor der weltweit größte Geber von Handelshilfe ist. Mit einer beachtlichen Summe von 18 Mrd.

EUR steuerte sie im Jahr 2021 47 % der globalen Hilfgelder im Bereich Handel bei. Im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ist die EU bestrebt, Investitionen mit nachhaltigem Wachstum zu verbinden. Sie unterstützt die Partnerländer dabei, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren und die wirtschaftliche Öffnung optimal für die Armutsbekämpfung zu nutzen. LAURA LAHNER

EU-Makrofinanzhilfe: Genehmigung für Ägypten und Ankündigung für Jordanien

Die EU stellt für Ägypten eine kurzfristige [Makrofinanzhilfe i.H.v. 1 Mrd. EUR](#) zur Verfügung, um zur Stabilisierung der ägyptischen Wirtschaft beizutragen. Die Hilfe wird in Form von Darlehen in einer Tranche ausgezahlt und ist an die Bedingung geknüpft, dass Ägypten Fortschritte bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erzielt.

Für Jordanien hat die EU-Kommission weitere [Makrofinanzhilfen i.H.v. 500 Mio. EUR](#) vorgeschlagen. Die Mittel sollen das Land unterstützen, einen Teil seines Außenfinanzierungsbedarfs zu decken, seine öffentlichen Finanzen weiter zu konsolidieren und die Strukturreformen fortzusetzen, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. MICHELLE WIESNER

Kurzmeldungen

Um die sechs Westbalkanstaaten auf ihrem Weg zum EU-Beitritt zu unterstützen, hat das EU-Parlament am 24. April eine [neue Fazilität von 6 Mio. EUR für den Westbalkan](#) auf den Weg gebracht. Sie soll dabei helfen, europäische Werte zu fördern, indem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit mit der wirtschaftlichen Konvergenz und der Stärkung demokratischer Institutionen verknüpft wird. HANNAH FONTAINE

Eine [stärkere Partnerschaft zwischen der EU und Mittelamerika](#) hat der Rat der EU am 26. April beschlossen. Das Assoziierungsabkommen basiert auf politischem Dialog, Zusammenarbeit und Handel, und sieht neben der Vertiefung bilateraler Handelsbeziehungen auch die Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung vor. HANNAH FONTAINE

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Hannah Fontaine**, **Laura Lahner** und **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.